

# Pressemitteilung

21. Februar 2018

## **Bürgerinitiativen sehen sich bestätigt**

Das Bündnis der Bürgerinitiativen zum Flächennutzungsplan (FNP) zeigt sich beeindruckt von der zweiten Welle der Einsprüche zu den Plänen der Stadt. Nach eigener Schätzung bewegt sich die Zahl der Stellungnahmen wieder im vierstelligen Bereich. Weil ein Großteil auch den Bürgerinitiativen bekannt geworden sei, wisse man, dass sie einmal mehr von großem Sachverstand und detaillierter Ortskenntnis geprägt seien.

Die Bürgerinitiativen erwarten aus diesem Grunde eine angemessene Reaktion der Verwaltung gegenüber den Bürgern und den politischen Mandatsträgern. Diese sei nach der Vorlage des Vorentwurfes leider nur sehr unzureichend gewesen.

Mit Skepsis reagiert das Bündnis auf die bekannt gewordene Vorprüfung der Eingaben durch das von der Stadt beauftragte Dortmunder Planungsbüro Post, Welters und Partner. Es habe sich bereits beim Vorentwurfes des FNP gezeigt, dass das Büro nicht ausreichend zu den Gegebenheiten vor Ort recherchiert habe. Daher befürchtet das Bündnis auch jetzt eine ungenügende Berücksichtigung der Bürgereingaben und Filterung kritischer Inhalte. Bereits in der von der Stadt im Januar an die Haushalte verteilte Broschüre zum FNP sei wesentliche Kritik unberücksichtigt gelassen oder verharmlost worden.

Die Bürgerinitiativen werden deshalb in den nächsten Wochen und Monaten gegenüber den politisch Verantwortlichen in Bergisch Gladbach sehr deutlich machen, was ein Durchwinken des FNP für die Stadt, ihren Lebenswert und ihre Natur haben würde. Dazu sind Podiumsdiskussionen und erneute Aufklärungsaktionen gegenüber den Mandatsträgern geplant.

Es wird auch erwartet, dass die zuständigen Ausschüsse des Rates der Stadt und der Rat selber endlich das Angebot zum Dialog annehmen und dem Bündnis Gelegenheit geben, innerhalb der zuständigen Gremien ihre Bedenken darzulegen. In anderen Kommunen sei dies längst üblich. Hier sei man überzeugt, auf den Rat der Bürgerinnen und Bürger nicht verzichten zu können. In Bergisch Gladbach gelte bislang immer noch ein Rede- und damit Mitwirkungsverbot. Echte Bürgerbeteiligung sieht anders aus, bekräftigen die Bündnismitglieder.

**BBi-GL, Bündnis der Bürgerinitiativen zum Flächennutzungsplan**